

Synopse

Teilrevision Ombuds- und Datenschutzgesetz

Von diesem Geschäft tangierte Erlasse (BGS-Nummern)

Neu: –  
Geändert: 156.1 | 157.1  
Aufgehoben: –

Geltendes Recht	[M09] Antrag des Regierungsrats vom 19. August 2025; Vorlage 3980.2 (Laufnummer 18299)
	<b>Gesetz über die Ombudsstelle (Ombudsgesetz)</b>
	<i>Der Kantonsrat des Kantons Zug,</i>  gestützt auf § 41 Abs. 1 Bst. b der Verfassung des Kantons Zug (Kantonsverfassung, KV) vom 31. Januar 1894[BGS 111.1],  <i>beschliesst:</i>
	<b>I.</b>
	Der Erlass BGS 156.1, Gesetz über die Ombudsstelle (Ombudsgesetz) vom 27. Mai 2010 (Stand 3. Mai 2014), wird wie folgt geändert:
<b>Gesetz über die Ombudsstelle (Ombudsgesetz)</b>	
vom 27. Mai 2010	
<i>Der Kantonsrat des Kantons Zug,</i>	
gestützt auf § 41 Bst. b der Kantonsverfassung[BGS 111.1],	gestützt auf <del>§ 41 Bst. b</del> § 41 Abs. 1 Bst. b der KantonsverfassungVerfassung des Kantons Zug (Kantonsverfassung, KV) vom 31. Januar 1894[BGS 111.1],
<i>beschliesst:</i>	

Geltendes Recht	[M09] Antrag des Regierungsrats vom 19. August 2025; Vorlage 3980.2 (Laufnummer 18299)
<p><b>§ 4</b> Finanzielles</p> <p><sup>1</sup> Der Kanton trägt die Kosten der Ombudsstelle und der von ihr beigezogenen Sachverständigen und Dritten.</p> <p><sup>2</sup> Die Ombudsstelle erstellt ein eigenes Budget und leitet es an den Regierungsrat zuhanden des Kantonsrats weiter. Der Regierungsrat kann dem Kantonsrat einen davon abweichenden Antrag vorlegen.</p> <p><sup>3</sup> Die Ombudsperson vertritt das Budget der Ombudsstelle im Kantonsrat.</p> <p><sup>4</sup> Die Ombudsstelle verfügt im Rahmen ihres Budgets über eigene Ausgabenbefugnisse.</p>	<p><sup>2</sup> Die Ombudsstelle erstellt ein eigenes Budget und leitet es an den Regierungsrat zuhanden des Kantonsrats weiter. Der Regierungsrat kann <u>sich gegenüber dem Kantonsrat einen davon abweichenden Antrag vorlegendazu äussern.</u></p>
<p><b>§ 18</b> Übergangsbestimmung</p> <p><sup>1</sup> Die Wahl der Ombudsperson und der Stellvertretung untersteht bis am 31. Dezember 2014 bisherigem Recht.</p> <p><sup>2</sup> Die bisherige Ombudsperson und die bisherige Stellvertretung können vom Kantonsrat unter Wahrung des Besitzstands für die Amtsperiode 2015–2018 nach neuem Recht gewählt werden.</p> <p><sup>3</sup> ...</p>	<p><b>§ 18 Aufgehoben.</b></p>
<p><b>§ 19</b> Änderung bisherigen Rechts[Die Änderungen sind bei den entsprechenden Erlassen publiziert.]</p>	<p><b>§ 19 Aufgehoben.</b></p>
<p><b>§ 20</b> Referendum, Inkrafttreten</p> <p><sup>1</sup> Dieses Gesetz unterliegt dem fakultativen Referendum gemäss § 34 der Kantonsverfassung.</p>	<p><b>§ 20 Aufgehoben.</b></p>

Geltendes Recht	[M09] Antrag des Regierungsrats vom 19. August 2025; Vorlage 3980.2 (Laufnummer 18299)
<sup>2</sup> Es tritt nach unbenütztem Ablauf der Referendumsfrist oder nach Annahme durch das Volk auf den vom Regierungsrat zu bestimmenden Zeitpunkt in Kraft[In-Kraft-Treten am 4. August 2010].	
	II.
	Der Erlass BGS <a href="#">157.1</a> , Datenschutzgesetz (DSG) vom 28. September 2000 (Stand 1. September 2020), wird wie folgt geändert:
<b>Datenschutzgesetz</b>  <b>(DSG)</b>	
vom 28. September 2000	
<i>Der Kantonsrat des Kantons Zug,</i>	
gestützt auf § 41 Abs. 1 Bst. b der Kantonsverfassung[BGS <a href="#">111.1</a> ],	gestützt auf § 41 Abs. 1 Bst. b der <del>Kantonsverfassung</del> <u>Verfassung des Kantons Zug (Kantonsverfassung, KV)</u> vom 31. Januar 1894[BGS <a href="#">111.1</a> ],
<i>beschliesst:</i>	
<b>§ 18c</b> Budget  <sup>1</sup> Die Datenschutzstelle erstellt ein eigenes Budget und leitet es an den Regierungsrat zuhanden des Kantonsrats weiter. Der Regierungsrat kann dem Kantonsrat einen davon abweichenden Antrag vorlegen.  <sup>2</sup> Die oder der Datenschutzbeauftragte vertritt das Budget der Datenschutzstelle im Kantonsrat.  <sup>3</sup> Die Datenschutzstelle verfügt im Rahmen ihres Budgets über eigene Ausgabenbefugnisse.	<sup>1</sup> Die Datenschutzstelle erstellt ein eigenes Budget und leitet es an den Regierungsrat zuhanden des Kantonsrats weiter. Der Regierungsrat kann <u>sich gegen-über dem Kantonsrat einen davon abweichenden Antrag vorlegendazu äussern.</u>
<b>§ 26</b> Anpassung an das neue Recht	<b>§ 26 Aufgehoben.</b>

Geltendes Recht	[M09] Antrag des Regierungsrats vom 19. August 2025; Vorlage 3980.2 (Laufnummer 18299)
<p><sup>1</sup> ...</p> <p><sup>2</sup> Folgende Gesetze werden wie folgt geändert:</p> <p>a) ...</p> <p>b) Gesetz über die Veröffentlichung der Gesetze und das Amtsblatt des Kantons Zug vom 29. Januar 1981[GS 22, 19 (BGS <a href="#">152.3</a>)].</p>	
<p><b>§ 26a</b> Übergangsbestimmung</p> <p><sup>1</sup> Die Wahl der oder des Datenschutzbeauftragten durch den Kantonsrat erfolgt erstmalig für die Amtsperiode 2015–2018.</p> <p><sup>2</sup> Die Anstellung der oder des Datenschutzbeauftragten untersteht bis am 31. Dezember 2014 bisherigem Recht.</p> <p><sup>3</sup> Die oder der bisherige Datenschutzbeauftragte kann vom Kantonsrat unter Wahrung des Besitzstandes für die Amtsperiode 2015–2018 nach neuem Recht gewählt werden.</p>	<p><b>§ 26a Aufgehoben.</b></p>
<p><b>§ 27</b> Inkrafttreten</p> <p><sup>1</sup> Dieses Gesetz tritt nach unbenützter Referendumsfrist (§ 34 der Kantonsverfassung) oder nach der Annahme durch das Volk am Tage nach der Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft[Inkrafttreten am 9. Dezember 2000].</p>	<p><b>§ 27 Aufgehoben.</b></p>
	<b>III.</b>
	<i>Keine Fremdaufhebungen.</i>
	<b>IV.</b>
	Diese Änderungen treten nach unbenützter Referendumsfrist (§ 34 Abs. 2 der Kantonsverfassung[BGS <a href="#">111.1</a> ]) oder nach der Annahme durch das Stimmvolk am Tage nach der Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft[Inkrafttreten am ....].

Geltendes Recht	<b>[M09] Antrag des Regierungsrats vom 19. August 2025; Vorlage 3980.2 (Laufnummer 18299)</b>
	<p>Zug, ...</p> <p>Kantonsrat des Kantons Zug</p> <p>Der Präsident Stefan Moos</p> <p>Der Landschreiber Tobias Moser</p> <p>Publiziert im Amtsblatt vom ....</p>